



China: Sozialleistungen für Christen gestrichen

12.08.2016

Repression gegen Hauskirchen

Chinesische Behörden in der Provinz Guizhou haben die staatlichen Sozialleistungen für Christen gestrichen. Das ist der neueste Akt in einer Reihe von Repressions-Massnahmen gegen Gläubige aus Hauskirchen.



Hauskirchen stellen für die chinesische Regierung eine «Gefahr» dar.

Die Massnahme wird nach Auskunft der Menschenrechtsorganisation China Aid als Bestrafung dafür verstanden, dass sich Christen in Hauskirchen versammelten. «Die Behörden haben am 2. Juli öffentlich bekanntgegeben, dass Christen keine Sozialhilfe oder Altersrente erhalten dürfen. Jetzt hat die Provinzregierung die lokalen Verwaltungen in Städten und Dörfern angewiesen, dass Gläubige eine Anordnung unterzeichnen müssten, die ihnen alle Sozialleistungen streicht, wenn sie sich noch einmal versammeln würden», erklärte ein Hauskirchen-Mitglied namens «Mou».



Nichts Neues

Die Behörden hatten bereits vor zwei Jahren ähnliche Einschüchterungsmassnahmen gegen die «Miao-Christen», eine ethnische Minderheit, erlassen. Damals waren in der Provinz Szechuan mindestens 36 Mitglieder der Gruppe verhaftet worden. Obwohl sie im Laufe der Zeit wieder freigelassen wurden, strichen die Behörden alle Sozialleistungen, auf die die Christen Anspruch hatten.

«Vor kurzem ging ich in meine Heimatstadt und fragte meine Eltern über ihre Rente. Sie sagten mir, dass sie noch keine Rente bekommen hätten. Beim letzten Mal haben die Behörden nur meine Mutter festgenommen, aber jetzt haben sie für meine beiden Eltern die Sozialzulagen gestrichen», erklärte der Miao-Christ Zhang Shucai im letzten Monat.

Massnahmen auch gegen Jugendliche

Die Streichung der Sozialzulagen und Renten für Christen ist Teil einer Gesamtstrategie der Behörden der Provinz Guizhou gegen Christen aus Hauskirchen, die sich weigern, sich der staatlich kontrollierten Drei-Selbst-Kirche anzuschliessen. Die Behörden setzten dementsprechende Anordnungen streng durch und zwangen Christen, ein entsprechendes Dokument zu unterzeichnen.

Zu weiteren Massnahmen gehört, dass Jugendlichen, die Hauskirchen besuchen, der Besuch von Colleges oder von der Militärakademie verwehrt wird. Die atheistische Regierung betrachtet es als Gehirnwäsche, Jugendliche unter 18 Jahren in einen religiösen Glauben einzuführen.

Autor: Reinhold Scharnowski

Quelle: Livenet

http://www.livenet.ch/themen/gesellschaft/international/asien/296292-china_sozialleistungen_fuer_christen_gestrichen.html

 Artikel als PDF / Drucken